

Kemsthal-Bote

Amts- & Intelligenz-Blatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen.

Erscheint wöchentlich 4mal Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag. Preis: vierteljährlich in Waiblingen bei der Expedition 90 Pf., frei ins Haus 1 Mk. durch die Post bezogen, im Oberamtsbezirk Waiblingen 1 Mk. 20 Pf., außerhalb desselben 1 Mk. 40 Pf. Einrückungsgebühr in Waiblingen und den Amtsbezirken für die 4wöchige Garmentzeile oder deren Raum 6 Pf., auswärts 9 Pf.

Dr. 108. | Dienstag den 16. Juli 1895. | 56. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen. Waiblingen.

Am nächsten

Freitag den 19. d. M.
Vormittags 11 Uhr

kommen auf der Oberamtspflegetanzlei 4 alte Gewehre, 1 Säbel und 1 lederne Tasche im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf, wozu die Liebhaber eingeladen sind.

Waiblingen, 15. Juli 1895.

Oberamtspflege:
G e l

Privat-Anzeigen.

Männergesangsverein Waiblingen.

Gesellige Vereinigung

heute Dienstag Abend bei Korn.

Die Butterhandlung (eigene Molkerei) von

Albert Knecht in Fellbach

bringt jeden Freitag Morgens 7 Uhr feinste unverfälschte

Süßrahmbutter

per Pfund 1 Mk. in's Gasthaus zur Sonne in Waiblingen an wofelbst eine Niederlage errichtet, und dort jeden Tag Butter zu haben ist. Auch werden Bestellungen immer dort entgegengenommen.

Waiblingen.

Einen geräumigen

Scheunenbarn

hat zu verpachten.

Carl Bauder, sen.

Waiblingen.

1 Zimmer mit Bühnenplatz an
1 - 2 Personen

zu vermieten.

Chr. Arbogast, Frohnackerstr.



G. Noack, Büchsenmacher.

Älteste Berliner Gewehrfabrik.
Lieferant der hervorragendsten Jagd-
Schützen- u. Kriegervereine.

Berlin C., Breitestraße Nr. 7
vis-à-vis dem königlichen Marsall.

Garantirt eingeschossene

Revolver v. 4,75 M. an bis z. feinsten.

Taschenschüss von 3 M. an.

Taschensch. Gewehrform, v. 6,25 M. an

Jagdcarabiner Drig., v. 13,75 M. an.

Centralf.-Doppelstutzen v. 33,50 M. an.

100 Centralf.-Hülzen, Cat. 16, pr. 1,60 M.

Centralf.-Hülzen einsf., v. 23,50 M. an.

Fürsch.-u. Scheibendbüchsen v. 30 M. an.

100 dazu pass. Metallhülzen mit runden

Böden, Noack's Universalh., 6 M.

Patent-Luftgewehre, ohne Knall, von

7,50 M. an.

Sämtliche Schusswaffen sind mit

dem Reichsstempel versehen.

Illustr. Cataloge gratis u. franco.

Umtausch kostenlos.

Vorzügliches Witzblatt u. Reklamierung.
Quartal 25 Nummern. Mh. n. 30 Nummer
so Pf. auf allen Bekantheiten, Buchhandl.
und Post zu abonnieren.
Für Hotels, Bäder, Kur-
Reise-Onkel
orte etc. wirkungsvoll-
stes Insertions-Organ.
Probe gratis vom „Zeitung-Verlag
Reise-Onkel München.“

Wer Most braucht

bereitet sich einen vorzüglichen,
haltbaren, gesunden
Hausstunk am Besten aus

Julius
Schrader's

Most-

in tausenden von
Familien dauernd
eingeführt.

in Extraktform

Substanzen

Prospekt gratis, franco.

Bereitet von

J. Schrader, Feuerbach-Stuttgart.

Per Portion zu 150 Liter M. 3.20.

Waiblingen Apoth. Marggraf.

Winnenden Apoth. Gmelin.

Untertürkheim Apotheke.

Waiblingen.

Bur Mostbereitung

empfehlte sehr praktische

Seiher

zum anstecken an Fashähnen, billigt

Albert Glocker, Flaschner.

Waiblingen.

Neue Kartoffel

sind fortwährend zu haben bei

G. Schäfer, alte Bahnhofstr.

Saison-Ausverkauf

Von Montag den 15. bis 30. Juli gewähre ich
in folgenden Artikeln:

Knaben-Waschanzüge
Knaben-Waschblousen
Mädchenkleider in Wolle & Waschstoffen
Mädchenblousen in Wolle & Waschstoffen
Mädchen-Jaquets & Capes
Spitzen- und Cordelhüte

Damenblousen
Damen-Costüme
Morgenröcke
Damenröcke
Damen-Jaquets
Capes

15% Rabatt.

Richard Schaarschmidt, Stuttgart, 16 Marktplatz 16.

Herstellung von Cement-Böden und Leisten sowie Betonierungs-Arbeiten jeder Art. Pferde-, Vieh-, Schweine- u. Brumenträge. Boden-Plättchen in div. Farben empfohlen Krutina & Möhle Untertürkheim bei Stuttgart.

Cement-Röhren



Künstl. Glieder

orthop. Maschinen, Gradhalter, Korsetten, Stützapparate, Bruchbandagen mit und ohne Federn (letztere sogen. Gürtelbruchbänd.), Suspensorien, Universal-Verbinden für alle Umstände, Irrigatorien, Inhalations-Apparate, Soxhlet-Milchschapparate, Luft- und Wasserpumpen, Gummistriempe, sämmtl. chirurgische Gummivaren und Verbandstoffe etc. empfiehlt billigt
Albert G. Iselmann, Bandagist, Stuttgart, Kronprinzstr. 12.

Versucht den tausendfach belobten **Holländ. Tabak** 10 Pfd. Lose im Beutel fco. acht Mk. nur bei **B. Becker in Soesen a. S.**

Waiblingen.
 Nächsten **Montag** Ziehung der **Heidenheimer Lotterie**
 Lose a 1 Mk. noch zu haben bei **Jm. Gehl.**

Coupons löse ich stets vor Verfall ohne jeden Abzug ein

August Fritsch, Bankgeschäft

Stuttgart empfiehlt sich zum Ankauf Verkauf u. Amtausch aller Arten Königstr 15 Wertpapieren unter Basicherung billigster Berechnung

Württemberg.

Waiblingen. Wie wir hören, ist dem Kirchengemeinderat hiesiger Stadt von Seite eines Bürgers zum Andenken an seine verstorbene Gattin ein namhafter Beitrag (M. 600) zur Beschaffung einer das hiesige Kirchengeläute harmonisch ergänzenden großen Glocke für die äußere Kirche angeboten worden, unter der Bedingung, daß sofort energisch an die Ausführung geschritten werde. Das Geläute unserer Kirche ist in der That für eine Oberamtsstadt ein sehr dürftiges und bescheidenes und weiß sich mancher weit kleinere Ort eines bessern zu rühmen; das Bedürfnis einer Verstärkung und Verbesserung des hiesigen Geläutes, namentlich auch in harmonischer Beziehung, dürfte daher längst allgemein empfunden worden sein. Der Kirchengemeinderat hat das opferwillige Anerbieten mit Dank entgegengenommen, erklärt aber, außer Stande zu sein, das Projekt durch Zuschuß aus dem Kirchenvermögen in absehbarer Zeit zur Ausführung bringen zu können und zwar um so weniger, als er die geplante und sehr notwendige Renovation der kleinen Kirche als seine zunächstliegende Aufgabe betrachten müsse und schon für diese auf die Opferwilligkeit der Kirchengemeindeglieder angewiesen sei; er müsse diese Angelegenheit, die er übrigens freudig begrüße, der Privatinitiative überlassen. Gutem Vernehmen nach ist die Ausführung dieses schönen Gedankens durch die Zusicherung weiterer namhafter Beiträge, auch von auswärts, schon für dieses Jahr in den Bereich der Möglichkeit gestellt, sofern nun weitere Kreise der hiesigen Einwohnerschaft das Projekt auch nur einigermaßen thatkräftig unterstützen. Die von einigen Gehern an die Beiträge geknüpfte Bedingung, daß künftig die Kirchenglocken wie anderwärts beim Scheiden des alten und Eintritt des neuen Jahres auch in Waiblingen erklingen möchten und daß die leider aufgegebene altherwürdige Sitte des Frühbetglockenläutens wieder aufgenommen werde, dürfte wohl allgemeine Zustimmung finden.

Eine durch Glockengießer Kurz in Stuttgart vorgenommene Untersuchung unserer Kirchenglocken hat ergeben, daß durch Beschaffung einer neuen großen Glocke von ca. 27 Ztr. Gewicht und 1,37 mtr. Durchmesser, welche samt schmiedeisernem Glockenstuhl, Transport und Aufstellung inbegriffen, sich auf rund Mk. 3600 stellen würde, ein schönes harmonisches Geläute hergestellt werden könnte. Wäge denn das schöne Projekt baldiger Ausführung entgegenreisen und ein harmonisches Geläute weithin ehrendes Zeugnis vom Opfersinn der hiesigen Einwohnerschaft ablegen. Herr Gemeinderat **Carl Bauer**, dem die Anregung zur Sache durch die Stiftung des oben erwähnten Beitrages zu verdanken ist, hat sich zur Entgegennahme weiterer Glockenspenden gerne bereit erklärt und wird auch die Verfolgung der Angelegenheit an die Hand nehmen.

— Vom 15. d. Mts. an kommt die Postbotenfahrt I zwischen Korb und Waiblingen Stadt zu den nachstehenden Zeiten zur Ausführung:

12.⁰⁰ ab Waiblingen Stadt an * 10.³⁰
 10.⁴⁰ * an Korb ab 10.⁰⁰

Stuttgart, 9. Juli. (61. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Tagesordnung. 1) Antrag der Staatsrechtlichen Kommission zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. das kirchliche Gesetz über Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer andern als der evangelischen Konfession. 2) Abweichende Beschlüsse der Kammer der Standesherrn zu dem Hauptfinanzetat. 3) Beratung über die Geschäftliche Behandlung a) des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Benützung der öffentlichen Gewässer; b) der Gesekentwürfe, betr. die Einkommensteuer, die Kapitalsteuer, die Abänderung des Gesetzes vom 28. April 1873 über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, die Wandergewerbesteuer samt Denkschrift, betr. die Weiterbildung der direkten Steuern in Württemberg. Am Ministertisch: v. Sarwey, Reg.-Rat Habermaß. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr. **Sachs** und **Gen.** haben einen Antrag auf Absehung des Punktes 1 der Tagesordnung gestellt. Der Antragsteller führt aus, daß über eine solche wichtige Vorlage, ein schriftlicher Bericht seitens der Kommission erstattet werden sollte. Es sei dies um so mehr zu verlangen, als die Kommissionsbeschlüsse von der Regierungsvorlage abweichen. Abg. **Schnatdt** stellt den Antrag das mündliche Referat des Abg. **Hausmann** von Balingen zu hören, man könne dann die Entscheidung ja erst in der nächsten Session treffen. Abg. **Gröber**. Das Verlangen der Antragsteller gehe zu weit. Redner ist gleichfalls der Ansicht, daß das mündliche Referat jetzt erstattet werden

soil. Nach demselben könne man dann immer noch beschließen, was zu thun sei. Eventuell würde doch durch den Vortrag **Hausmanns** der schriftliche Bericht unnötig werden. Abg. **Frhr. v. Gemmingen** entgegnet den beiden Vorrednern und spricht sich für den Antrag **Sachs** aus. Eine solche vorläufige Beratung erscheine ihm unzweckmäßig. Es sei eine Forderung der Loyalität dem von einer größeren Anzahl der Mitglieder ausgesprochenen Wunsch zu entsprechen. Minister v. **Sarwey** ist der Ansicht des Vorredners. Der Antrag **Schnatdt** sei nur eine versteckte Beseitigung des Antrags **Sachs**. Der Minister hat auch formell Bedenken gegen diese Art der Behandlung. Dieselbe entspreche auch nicht der Geschäftsordnung. Man werde außerhalb des Hauses nicht verstehen, wie man eine eingehende Beratung vornehmen und dann vor den Beschlüssen Halt machen könne. Berichterstatter **Hausmann** v. Balingen. Man habe doch immer betont, daß das Gesetz möglichst bald erledigt werde. Ueber die Beschlüsse der Kommission bestehen ganz irrtümliche Meinungen. Für eine etwaige Verzögerung lehne die Kommission die Verantwortung ab. Abg. **Sachs** tritt wiederholt für seinen Antrag ein. Gerade vor der Beratung sollte der gedruckte Bericht vorliegen. Das Gesetz komme, so wie die Sache liege, doch nicht mehr zur vollständigen Erledigung. Die deutsche Partei habe in der Angelegenheit eine konsequente Haltung angenommen. Abg. v. **Seß** spricht für den Antrag **Sachs**. Das Gesetz sei so wichtig, daß unbedingt schriftlicher Bericht erstattet werden müsse. Anträge **Schnatdt** und **Gröber** seien ganz unzweckmäßig. Abg. **Gröber** wünscht, daß über Art. 1 eine sachliche Debatte eröffnet werde und begründet diesen Antrag wiederholt. Redner begreift nicht, daß der Minister sich so sehr um die Geschäftsordnung bekümmert habe, daß sei doch Sache des Hauses. Die Geschäftsordnung stehe dieser Behandlung nicht entgegen. Wenn man jetzt **Hausmann** nicht zur Erstattung des Berichts kommen lasse, so habe die Kommission später keinen hierzu geeigneten Abgeordneten mehr zur Verfügung. Man könne dann immer noch hezen, und zum Sturm blasen. Abg. v. **Seß**. Das könne süglich der Kommission überlassen werden. Abg. **Lecher** tritt für den Antrag **Sachs** ein. Die Beunruhigung werde verschwinden, wenn die Sache zur genauen Berichterstattung an die Kommission verwiesen werde. Abg. v. **Gemmingen** spricht im gleichen Sinn, den Abg. **Gröber** berechtige nichts dazu von Hezen und Sturmblasen zu sprechen. Der Wert des schriftlichen Berichts bestehe darin, daß das Haus vor der Beratung instruiert werde. Den Kommissionsbericht könnte er eventuell übernehmen. Abg. **Schrempf** hat seinerzeit die Anregung gegeben, die Vorlage so rasch als möglich und unverändert anzunehmen. Je größer die Reserve ist, die sich das Zentrum auferlege, desto besser sei es. So wie die Sache liege, wäre die Annahme des Antrags **Sachs** das einzige richtige. Abg. **Henning**. Man müsse jetzt durch den Bericht **Hausmanns** instruiert werden, die Abg. werden befragt auch von den Pfarrern wie sie sich zur Sache stellen. Abg. **Schrempf** kann nicht glauben, daß die Abg. der Volkspartei nicht Bescheid wissen in der Sache. Sie werden ja wissen, was ihre Fraktion beschlossen habe und mehr werde nicht von ihnen verlangt (Heiterkeit.) Der Antrag **Sachs** wird mit 46 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Das Haus tritt deshalb in die Beratung ein. Berichterstatter **Hausmann** v. Balingen gibt eingehende geschichtliche Einleitungen, über die Religions-Reverfalien. In früheren Zeiten sei die ev.-luth. Kirche die Landeskirche gewesen, was sich geändert habe bei den Gebietserweiterungen durch kath. Landesteile. Damals sei schon eine Regelung der heut. Angelegenheit angeregt worden, aber abgelehnt, weil die fragliche Eventualität in weiter Ferne stehe. Was die heutige Erledigung der Frage betreffe, so sei die Kommission der Ansicht, daß der vorliegende Gesekentwurf im Wesentlichen eine glückliche Lösung bringe, was Redner im Einzelnen nachweist. Es sei von der Kommission nur ein einz. Punkt beanstandet worden, nemlich der, daß die Minister kraft **Arntes** in der Kirchenregierung sitzen sollen. Die Regierung begründet diese damit, daß es in Sachsen so sei, und daß die Verbindung der obersten Leitung von Staat und Kirche wünschenswert sei. Dem gegenüber sei zu bemerken, daß das sächsische Vorbild nicht zweckmäßig anzuwenden sei, dort liegen die Verhältnisse anders, dort sei bestimmt, daß eine gewisse Anzahl Minister evangelisch sein müsse, was bei uns nicht der Fall sei. Die Verbindung der Geschäftsleitung von Staat und Kirche sei nicht sachdienlich, was Redner näher ausführt. Es sei nicht richtig, daß die Minister gezwungen werden können, im Nebenamt kirchliche Aemter zu übernehmen. Man soll das nicht thun, weil das Zentrum dann behaupte, daß die Parität verletzt sei. Jetzt können die Katholiken das nicht beweisen (Gröber: Kommt noch, Heiterkeit.) Das sei aber nicht der Hauptgrund. Es entspreche nicht der mo-

dernen Staatsidee die Staats- und Kirchenämter zu verbinden, auch wäre der König moralisch gezwungen, evangelische Minister zu ernennen, was nicht wünschenswert wäre. Es sei auch ein Uebergreif des kirchlichen Gesetzes, Staatsminister für ihr Kirchenregiment zu verlangen. Das kirchliche Gesetz bestehe ja auch ohne die Genehmigung der Stände. Im übrigen schlägt die Kommission noch folgende Resolution vor: Die Kammer der Abgeordneten ist der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, das kirchliche Gesetz in dem Sinne zu modifizieren, daß die Ausübung der landesherrl. Kirchenregimentsrechte einer kirchlichen Behörde übertragen wird, in welcher der Präsident der evangel. Landes synode von Amtswegen Sitz habe, deren Mitglieder im übrigen aber auf dem in Art. 3 des kirchlichen Gesetzes vorgesehenen Wege durch Wahl berufen werden, deren Vorstand durch Wahl der Mitglieder bestimmt wird und deren gewählte Mitglieder jederzeit zum Rücktritt berechtigt sind. Redner spricht die Hoffnung aus, daß wenn ein in dieser Richtung modifiziertes Gesetz vorgelegt würde, die einstimmige Genehmigung im Hause sicher wäre. (Bravo.) Abg. Frhr. v. Gemmingen Die evang. Kirche berufe nach dem Grundsatz der Reformation und der Lehre vom allgemeinen Priestertum auch Laien in das Kirchenregiment und glaube hierzu geeignete tüchtige und umsichtige Männer in den Mitgliedern des Geheimen Rats in erster Linie zu finden. Diese Regelung wäre nicht nur ein Gewinn für die Kirche, sondern auch für den Staat selbst und beeinträchtigt keine andere Religionsgemeinschaft. Im Jahre 1819, wo die heute zur Beratung stehende Angelegenheit schon angeregt worden war, sei eine ähnliche Lösung ins Auge gefaßt gewesen. Die damaligen freisinnigen Männer haben allerdings mehr Interesse und ein wärmeres Herz für ihre Kirche gehabt, als dies heute vielfach der Fall sei. Auch haben dieselben kein Centrum zur Seite gehabt, auf das doch auch Rücksicht genommen werden müsse. Redner geht sodann auf die Gegengründe des Berichterstatters ein und tritt für die Bestimmungen des kirchlichen Gesetzes ein. Gerade die Mitgliedschaft der Mitglieder des geheimen Rats werde Differenzen und Heiberien vermeiden. Es handle sich dabei nicht darum, daß die evangelische Kirche für sich die Sonne des Staats in Anspruch nehmen wolle. Die Centrumsabgeordneten haben gesagt, sie wollen das evang. Kirchenregiment helfen befreien von bürokratischen Elementen des Staates, für diese Unterstützung danke er. Redner stellt den Antrag, den Art. 1. des Regierungsentwurfs anzunehmen, unter allen Umständen sollte aber die Resolution abgelehnt werden. Abg. Gröber: die Ausführungen des Vorredners zwingen ihn das Wort zu nehmen. Der Herr Vorredner sei heute sehr schlecht auf das Centrum zu sprechen. Der Stuch gehe übrigens ja auf die Volkspartei. Er habe schon öfter von dem Vorredner und an der Prälatenbank die Anerkennung ausgesprochen erhalten, daß er und seine Freunde in den Fragen des christlichen Volkslebens mit den Genannten zusammengehen. Warum jetzt diese Angriffe? Die Mitglieder des Centrums, das keine konfessionelle Partei sei (Oho) habe, soweit die Mitwirkung des Staates in Betracht komme, ihre Pflicht zu erfüllen. Der Vorredner habe selbst die Resolution mitberaten, es sei nicht erkfindlich, daß er jetzt eine solche Stellung einnehme. Das Centrum werde sich an der Erledigung dieser Angelegenheit, wie der Abg. Schrempf gewünscht habe, mit der notwendigen Reserve beteiligen, da seinen besten Absichten doch andere Motive unterschoben werden. Minister v. Sarwey: Zweifellos sei, daß die kirchliche Gesetzgebung berechtigt sei die Mitglieder des Geheimen Rats zu berufen, was ja auch die Kommission zugebe. Sollte die staatliche Genehmigung nicht erfolgen, so seien allerdings die betreffenden Minister nicht verpflichtet die Beratung anzunehmen. Dies stelle er zur Berichtigung verschiedener Zeitungsartikel fest. Namens der Regierung könne er den Kommissionsbeschlüssen gegenüber eine Erklärung nicht abgeben. Wenn er das Staatsgesetz nicht haben könne in der Weise wie es vorgeschlagen sei, so sei er bereit, das zu nehmen, was die Kommission anbiete. Er sage das unbeschadet seiner festen Ueberzeugung, daß der Regierungsentwurf das Beste sei. Der Minister führt die hiefür sprechenden Gründe an und schließt sich in dieser Beziehung teilweise den Ausführungen des Abg. v. Gemmingen an. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schrempf und Berlesung einiger Einläufe wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: morgen 9 Uhr. Punkt 2 und 3 der heutigen Tagesordnung. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Stuttgart, 10 Juli. [62. Sitzung der Kammer der Abg.] Tagesordnung: 1) Beratung über die geschäftliche Behandlung a. des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Benützung der öffentl. Gewässer; b. der Gesetzentwurf, betr. verschiedene Steuern. 2) Mündlicher Bericht der Finanzkommission über die abweichenden Beschlüsse der Kammer der Standesherrn zu dem Hauptfinanzetat und Finanzgesetz samt Nachträgen für die Finanzperiode 95/97. 3) Endabstimmung über Hauptfinanzetat und Finanzgesetz für 1895/97. 4) Antrag der Staatsrechtl. Kommission zu dem Entwurf eines Gesetzes, betr. das kirchl. Gesetz über Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte im Falle der Zugehörigkeit des Königs zu einer andern als der evangel. Konfession. 5) Anträge der Petitionskommission. 6) Anträge der Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung. Zu Piff. 2 der Tagesordnung nimmt Berichterstatter Schnaidt zum mündlichen Bericht das Wort. Die Kammer der Standesherrn habe in 5 Noten ihre Beschlüsse zum Hauptfinanzetat dem Hause mitgeteilt. Nach demselben ist im wesentlichen Uebereinstimmung zu konstatieren. Einer Reihe von Resolutionen und Beschlüssen zum Etat ist die erste Kammer nicht beigetreten. Die Kommission beantragt, auf den diesseitigen Beschlüssen zu beharren und die mit dem Etat nicht zusammenhängenden Resolutionen der Regierung in besonderer Adresse mitzuteilen. Das Haus beschließt demgemäß. In

der Endabstimmung über den Hauptfinanzetat und das Finanzgesetz [Punkt 3 der Tagesordnung] erfolgt Annahme mit 73 gegen 2 Stimmen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hat Abg. Gröber den Antrag gestellt, zur Vorberatung eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, welche die Gesetze an der Hand der Denkschrift eingehend prüft und schriftlichen Bericht erstattet. Abg. Stockmayer Die Landwirtschaft sei durch die Steuervorlagen mehr belastet als seither, deshalb sei Vorsicht angezeigt. Ueberhaupt sollte die Regierung zugleich die Gemeindebesteuerungsvorlagen einbringen, die beiden Sachen zusammen. Abg. Dr. Kienle ist bezüglich des Wasserrechts-Gesetzes für eine Besetzung im Plenum und dann erst für Wahl einer Kommission. Abg. Sachs ist mit dem Antrag einverstanden und bedauert die Aeußerung des Abg. Stockmayer, man könne jetzt noch nicht sagen, daß die Landwirtschaft mehr belastet werde. Abg. Gröber begründet seinen Antrag Abgeordn. Hausmann ist mit den Anträgen Gröber-Kiene einverstanden und tadelt scharf die Aeußerung des Abg. Stockmayer, daß die Landwirtschaft mehr belastet werde. Das müsse in der Kommission geprüft werden. Abg. Frhr. von Gültlingen wünscht das Wasserrechtsgesetz gerade so behandelt zu sehen, wie die Steuergesetze, man solle auch hier eine Kommission beauftragen. Abg. Haffner ist mit dem Vorredner einverstanden. Abg. Spiess und Maurer unterstützen die Bitte des Abg. Stockmayer um Probeforschungen und Vorlage des Entwurfs der Gemeindebesteuerung. Der Antrag v. Gültlingen wird abgelehnt, derjenige Gröber-Kiene angenommen. Das Haus kommt zu Punkt 4 der Tagesordnung. Berichterstatter Hausmann würde jetzt eventuell für einen Antrag, die Verhandlung abzubrechen, stimmen, falls dies von einer Seite des Hauses gewünscht würde. Abg. v. Seß wird für den Antrag v. Gemmingen stimmen. Die Bestimmungen des kirchlichen Gesetzes verstoßen nicht gegen die Staatsgesetze. Wenn Art. 1 der Regierungsvorlage falle, so habe das ganze Gesetz keinen Wert. Die Herren Gröber und Hausmann brauchen nicht evangel. zu sein als die berufene Vertretung der evang. Kirche. Redner kommt eingehend auf den gestrigen Vortrag des Berichterstatters zu sprechen und widerlegt die von ihm für die Kommissionsbeschlüsse angeführten Gründe. Prälat v. Sandberger: Es handle sich darum, wem die Episcopalarrechte des Königs übertragen werden sollen. Es entspreche der Sache am besten, wenn Männern von der Umgebung des Königs diese Rechte übertragen werden. Nicht der Würde der Kirche würde es entsprechen, wenn die Mitglieder des Geheimen Rats die Uebernahme dieses Amtes verweigern können, was der Fall wäre, wenn die Kommissionsbeschlüsse angenommen würden. Die im kirchl. Gesetz vorgeschlagene Begebung sei im Geist der Verfassung. Im Jahre 1819 seien die gleichen Vorschläge gemacht worden. Der Zusammenhang zwischen Kirche und Staat sei durch den Eintritt der fraglichen Eventualität ohnedies gelockert und es sei begreiflich, daß eine weitere Lockerung vermieden werden wolle. Die Hauptsache sei die, wie findet die Kirche ein Regiment, das der Stellung des Königs, der Würde der Kirche und dem Verhältnis des Staats und Kirche entsprechend sei. Redner bittet, die Regierungsvorlage anzunehmen, daß Haus erwerbe sich hiebei den Dank des evangel. Volkes. Kanzler v. Weizsäcker tritt für die Regierungsvorlage ein. Der seitherige Zusammenhang von Staat und Kirche habe eine gewisse Freiheit und Weitherzigkeit in innerkirchlichen Angelegenheiten zur Folge gehabt. Die Sitzung wird hier unterbrochen behufs Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern. Tagesordnung: 1. Wahl zweier ständischer Mitglieder des Staatsgerichtshofs. K. M. v. Ravensburg, Rechtsanwalt Kapp-Stuttgart. 2) Wahl eines Kontrolleurs der Staatsschuldenzahlungskasse. Durch Akklamation wird gewählt Kanzleirat Soes. Zu Buchhaltern der Staatsschuldenzahlungskasse werden gewählt Finanzreferendar K. M. v. Heilbronn, provis. Buchhalter G. Barthe v. Stuttgart. Die gemeinschaftliche Sitzung wird geschlossen. Die zweite Kammer setzt ihre Beratungen fort. Abgeordn. Sachs beantragt Vertagung der Beratung der Religionsreversalien. Abg. Hausmann-Balingen merkt, er als Berichterstatter solle noch zum Wort kommen. Nachdem v. Weizsäcker und Abg. Gröber im gleichen Sinn gesprochen haben, nimmt Sachs seinen Antrag zunächst zurück. Abg. Hausmann-Balingen polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Frhrn. v. Gemmingen. Der genannte Herr habe ihm persönlich gedankt für die wohlwollende Haltung in der Kommission. Derselbe habe den Freisinnigen von heute vorgeworfen, sie lassen sich durch Rücksichten auf das Centrum leiten. Das sei nicht richtig, wenn es auch ein weit verbreitetes Vorurteil sei. Redner kritisiert das Verhalten des Frhr. v. Gemmingen dem Centrum gegenüber und vertritt den Standpunkt der Kommission den Angriffen des Frhr. v. Gemmingen und v. Seß gegenüber. Die Volkspartei wolle der Kirche geben, was der Kirche sei, aber auch dem Staate, was dem Staate sei. Der Abg. v. Sandberger habe behauptet, es müßte ein Zwang zur Annahme des Amtes eines Mitglieds der Kirchenregierung bestehen, das entspreche gerade der Würde der Kirche nicht. Dem Abg. v. Weizsäcker müsse er bemerken, daß er auch aus dem von ihm geltend gemachten Standpunkt des Verhinderns der Herrschaft der Orthodoxie eine Einmischung des Staates nicht wünsche. Redner ist für den Kommissionsbeschluss, weil es der Autonomie der Kirche, der Parität und dem andern modernen Staatsbegriff entspreche und die künftige Trennung von Staat und Kirche fördere. Der Minister selbst habe den Weg der Kommission für gangbar erklärt. Die Resolution der Kommission ziehe er seinerseits zurück, damit es nicht scheine, als ob man in die Rechte Anderer eingreife. Wohlthaten sollen nicht aufgedrängt werden. Nachdem Abg. Frhr. v. Gemmingen einigermassen persönlich bemerkt hat, bezüglich seiner gestrigen Rede, wird über den

Vertagungsantrag Sachs abgestimmt. Derselbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

R o t t e n b u r g, 13. Juli. Gestern Nacht ist ein etwa 30 Jahre alter angeblicher Betriebsingenieur aus Berlin aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis entwichen. Derselbe hat die Schrauben am Gitter seiner Arrestzelle gelöst, die Teppiche in seiner Zelle zerschnitten und sich an dem hievon gefertigten Seil in den Hof hinabgelassen, von wo aus er spurlos verschwunden ist. Er ist im Mai d. J. in Folge gefälschter Zeugnisse in der mechanischen Fabrik hier als Ingenieur angestellt worden. Anfangs Juni hat die R. Staatsanwaltschaft Beuthen in Oberschlesien wegen verschiedener Betrügereien Haftbefehl erlassen. Derselbe befand sich seither hier in Untersuchung.

— Am 5. ds. Mts. ist in **K e h l e n**, Gde. Hirschlatt, O. A. Letznang, wahrscheinlich in Folge von Brandstiftung, das Wohn- und Oekonomiegebäude des Bauers Lorenz Müller abgebrannt; am gleichen Tage ist in **Spielbach**, O. A. Gerabronn, durch Bündeln von Kindern ein Brand ausgebrochen, durch welchen das Stallgebäude des Zimmermanns Friedrich Popp zerstört worden ist; desgleichen hat am 5. d. Mts. in **Solzgerlingen**, O. A. Böblingen, ein Blitzstrahl in die neuerbaute Scheuer des Gärtners Jakob Friedrich Mäder eingeschlagen und dieselbe unbedeutend beschädigt. — Am 12. ds. Mts. ist in **Muthlangen**, O. A. Gmünd, aus noch unermittelter Ursache das Wohnhaus des Fabrikarbeiters Johann Leitner abgebrannt.

L ü b i n g e n, 13. Juli. Ein orkanartiger Sturm hat gestern größeren Schaden angerichtet. An Obstbäumen wurde von dem wenigen Obst vieles heruntergerissen, ebenso Aeste, so namentlich in unseren Auen, wo man kaum mehr passieren konnte. Nachmittags legte sich der Sturm und trat der gewünschte Regen ein, der nach der sehr schwülen Temperatur Erfrischung brachte.

L ü b i n g e n, 11. Juli. Die Landesversammlung des Vereins der württ. Körperschaftsbeamten findet heuer in Tübingen am 25. Juli statt. Nach einer Besichtigung der Stadt folgen die geschäftlichen Verhandlungen im oberen Museumsaal mit folgender Tagesordnung: 1) Begrüßung der Festgäste durch den Vereinsvorstand; 2) Rechenschafts- und Kassenbericht des Ausschusses und Kassiers; 3) Vorträge über a. die Einführung periodischer Ortsvorsieherwahlen, b. die beabsichtigte Aenderung in den Geschäftsaufgaben der Gemeindebehörden, c. die Gesetzeswürde betr. die Steuerreform. Nachm. ist gemeinschaftl. Mittagsmahl im Festsaal des Museums. (L. Kr.)

H e r r e n b e r g, 9. Juli. Amtspfleger Sauter, Vorstand der hiesigen Vorschußbank, macht im „Gauboten“ bekannt, die vorläufige Untersuchung des Vermögens der Bank habe ergeben, daß die vorhandenen Mittel zur Bezahlung der Schulden zureichen und zur Deckung der Einlagen der Mitglieder noch einiges Vermögen vorhanden sei. Ferner erklärt derselbe folgende Erklärung:

„Infolge der Verluste bei der Vorschußbank hier richten sich die Angriffe ausschließlich gegen meine Person. Ich sehe mich deshalb veranlaßt zu erklären, daß die bis jetzt entdeckten Fälschungen hauptsächlich bei der jedes Jahr auf 31. Dezember erfolgten Aufnahme der Schuldscheine vorgekommen sind. Dieses Geschäft erfolgte mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch drei andere Herren und es gelang Raiber, diese hiebei zu täuschen. Vor viele dreistellige Zahlen setzte er eine weitere Ziffer und vermehrte sie dadurch um Vielfache. Diesen Arbeiten traute ich und prüfte sie nicht nach, bin aber als Vorstand eben zunächst verantwortlich. Dies zur Beurteilung des Falls, namentlich auch deswegen, weil ich hören mußte, ich hätte auch von dem unterschlagenen Gelde bekommen.“

Gestern wurde der Geschäftsbetrieb der Bank eingestellt.

† Kürzlich sah ein junger Knicht auf dem Bahnhof in **M e z i n g e n** einen Krug stehen. In der Meinung, in demselben sei Most, nahm er den Krug an den Mund und zog einen kräftigen Schluck daraus. In nicht geringen Schrecken wurde die durstige Seele verfezt, als er spürte, daß dies kein Most, sondern Karbolsäure war, die zur Desinfektion der Viehwagen Verwendung findet. Wenn der betreffende Mann keine „Gaulsnatur“ gehabt hätte, wäre er unbedingt verloren gewesen, so aber kam er mit Hilfe seiner Natur und des Dr. Hochstätter, welcher die Karbolsäure aus dem Magen pumpte, davon.

B o n d e r L a u b e r, 10. Juli. Die Lücken, die der trockene Sommer 1893 im Viehstande gerissen, sind jetzt völlig verwunden. Es ist jetzt mehr als genug Schlacht- und Zuchtvieh da und die Händler, welche die großen Märkte in Frankfurt und Mannheim beschicken, klagen, daß die Einkaufspreise bei uns zu hoch seien, daß nichts verdient würde und sie infolge dessen auch außer Stand seien, viel zu kaufen. Es käme viel norddeutsches und Oesterreicher Vieh auf genannte Märkte, das billiger abgegeben würde. Ganz dasselbe ist mit fetten Schweinen der Fall, die auch reichlich vorhanden sind, ohne daß große Nachfrage besteht. Auf den Domänen wurden diese Woche fette Ochsen zu 35—39 Mk., fette Schweine zu 35 Mk. verkauft, Stiere dagegen zu 32—33 Mk. wieder gekauft.

Deutsches Reich.

B e r l i n, 9. Juli. Nachdem im vorigen Jahre und auch im Anfang dieses Jahres Handel und Schifffahrt von Deutschland nach Nord- und Südamerika eine nicht unbedeutende Beeinträchtigung gegen früher gezeigt hatten, ist im Laufe dieses Jahres eine erhebliche Besserung eingetreten. Einen erfreulichen Beweis für die Belebung des überseeischen Verkehrs bietet die neueste Segelliste des Norddeutschen Lloyd in Bremen.

Der Norddeutsche Lloyd wird im Monat August nicht weniger als 21 transatlantische Dampfer von der Weser abfertigen und zwar 9 Schnelldampfer und 2 Dampfer der Roland-Linie nach Newyork, 4 Dampfer nach Baltimore, 2 Dampfer nach Brasilien, 2 Dampfer nach dem La Plata und je 1 nach Ostasien und Australien.

Auch für die nächsten Monate sind die Aussichten für Handel und Verkehr erheblich günstiger als im Vorjahr.

B e r l i n, 13. Juli. Zum Attentatsversuch gegen den Polizeioberst Krause wird dem „Lokalanz.“ gemeldet, daß die Kriminalpolizei seit gestern auf neue Spuren gekommen sei, welche einen Erfolg erhoffen lassen.

F o r b a c h, 9. Juli. (Scheintod.) Wir lesen im „Elsässer Journal“: In dem Dorfe Merlenbach starb verfloffene Woche eine ältere, aus Oberhomburg gebürtige Frau. In ortsüblicher Weise wurde die Sterbeglocke geläutet und die Leiche aufgebahrt. Man denke sich das Entsetzen und hernach die Freude der Angehörigen, als sich die Totgeglaubte plötzlich emporrichtete. Die Frau lebt heute noch und befindet sich wieder vollkommen wohl. Hier handelt es sich also um einen wirklichen Fall von Scheintod.

E i s e n a c h, 11. Juli. Ein graufiges Geschick ist über den ehemals kurheffischen jetzt preussischen Marktleden Brotterode am Inselberg gekommen. Von einem Ort Brotterode kann man nicht mehr reden; man sieht nur noch einen brennenden, rauchenden Trümmerhaufen und hunderte von Menschen, die nach der Unglücksstätte eilten, um den ihrer Habe, ihrer Wohnung und ihres Erwerbs beraubten Bewohnern erste Hilfe zu bringen. Von den 2828 Einwohnern des Ortes haben nur sehr wenige noch ein Obdach. Das verheerende Feuer, das durch eine geistesgestörte Frau angezündet sein soll, griff in so erschreckender Schnelligkeit um sich, daß an eine Bewältigung um so weniger zu denken war, als die meisten der 395 Häuser aus Holz gebaut waren. Die meisten vermochten mit knapper Not das Freie zu erreichen, ohne die geringste Habe zu bergen. Menschenleben sind bis heute schon 4 zu beklagen; 2 betagte Frauen wurden als verkohlte Leichen auf der Straße und der Kronenwirt mit Frau im Keller seines Hauses erstickt aufgefunden, während mehrere zur Zeit des Brandes krank darniederliegende Kinder bis jetzt nicht ermittelt werden konnten. Auch viele Tiere, besonders Schweine und Kühe sind den Flammen zum Opfer gefallen; auf Schritt und Tritt stößt man zwischen den Trümmern auf verkohlte Kadaver. Ein Schwein mit halbverbrannter Schwarte lief noch heute früh vor Schmerz wie rasend, grunzend auf den Wiesen umher, bis es endlich gelang, ihm den Gnadenstoß zu geben.

Ausland.

P a r i s, 9. Juli. Das „Petit Journal“ meldet aus St. Petersburg, in Moskau wurde ein großes Komplott gegen das Leben des Zaren entdeckt. Der Chef der Moskauer Geheimpolizei überwachte seit längerer Zeit die Angelegenheit. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. 8 Personen sind direkt am Komplott beteiligt, darunter 6 erst neuestens begnadigte Nihilisten. Der Zar ließ den Polizisten als Belohnung 10 000 Rubel überweisen.

F i u m e, 13. Juli. Heute 6 U. 20 Min. erfolgte ein heftiger Erdstoß, welcher große Erregung hervorrief.

W a r s c h a u, 13. Juli. Die im Gouvernement Minsk gelegene Stadt Sachowicz ist vollständig niedergebrannt. Gegen 5000 Personen sind obdachlos, 5 Menschen sind verbrannt.

L o n d o n 12. Juli. Zwischen Peru und Bolivia droht ein Krieg auszubrechen. Bolivia hat in einem Ultimatum an Peru von diesem Genugthuung für die Verletzung der bolivianischen Grenze während des letzten Bürgerkrieges in Peru verlangt und die Forderung hinzugefügt, daß die Regierung in Lima binnen 24 Stunden antworte und die Flagge Bolivia's salutieren lasse. Die peruanische Regierung hat darauf erwidert, daß sie nicht geneigt sei die von Bolivia geforderte Genugthuung zu gewähren, indem sie erklärte, daß diese Forderung nicht hinreichend begründet sei.

D o k o h a m a, 12. Juli. 700 Chinesen haben die japanische Garnison Hsinchu auf Formosa angegriffen. 200 Chinesen sind getötet, viele gefangen worden. Die Japaner haben 11 Mann verloren.

Handel und Verkehr.

Waiblingen. Fruchtpreise vom 13. Juli 1895.

	Höchster	mittlerer	niederster	Durchschnittspreis.
Haber	Mk. 7.	Mk. 6.70	Mk. 6.50	Mk. 6.65 per Ztr.

Winnenden. Fruchtschrauben-Zettel vom 11. Juli 1895.

	Höchster	mittlerer	niederster
Dinkel per Zentner	Mk. 6.15	Mk. 5.80	Mk. 5.75
Haber per Zentner	Mk. 6.30	Mk. 6.	Mk. 5.20

Foulard-Seide 95 Pf.

bis 5.85 p. Met. -- japanische, chinesische etc. in den neuesten Dessins und Farben, sowie schwarze, weiße und farbige **Henneberg-Seide** von 60 Pf. bis Mk. 18.65 p. Met. — glatt, gestreift, kariert, gemustert, Damaste etc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins etc.), **Porto- und steuerfrei ins Haus**. Muster umgehend. **Seiden-Fabrik G. Henneberg (k. u. k. Holl.) Zürich.**